

Lisa Badum

- (A) was machen Sie? Sie lassen dieses Geld einfach ungenutzt liegen.

Dieser Stillstand und dieser Rückschritt machen nicht einmal haushaltspolitisch Sinn. Sie spielen mit dem Feuer. Über uns hängen drohend die europäischen Strafzahlungen für das Nichterreichen der deutschen Klimaschutzziele. Sie haben das auf meine Anfrage hin zugegeben. Sie haben es im Umweltausschuss zugegeben. Die Bürgerinnen und Bürger werden in Zukunft zahlen müssen. Wir reden hier von einer Summe zwischen 200 Millionen und 1 Milliarde Euro.

Dieser Haushalt birgt Stagnation, Rückschritt und Gefahren. Und warum? Weil Sie als Regierung in Sachen Klimaschutz der Gesellschaft hinterherhinken. Die Handwerkerin baut Solarmodule aufs Schuldach. Die Bürgergenossenschaft plant einen Windpark. Man könnte jetzt meinen, die Industrie in Deutschland sei der größte Hemmschuh beim Klimaschutz. Aber nein: Sie sind es. Selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie sagt, dass die Einhaltung der Klimaziele uns Wirtschaftswachstum bringt. Einzelne Unternehmen fordern, dass endlich die belohnt werden, die weniger CO₂ ausstoßen, die sich etwas einfallen lassen und effizienter sind. Sie fordern Wettbewerbsanreize.

Man muss sich das als Marathon vorstellen. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und große Teile der Wirtschaft sehen die Chancen des Klimaschutzes und laufen für ihn heiß. Und die Bundesregierung steht am Rand auf der Zuschauertribüne und schaut sich das an. Und nicht nur das: Sie wirft den Laufenden auch noch Hindernisse in den Weg. – Frau Ministerin, jetzt werden Sie sagen: Ich laufe doch mit. Ich habe doch die Vorschläge gemacht, beispielsweise zu einer CO₂-Abgabe. – Wissen Sie, mein grünes Herz schlägt ja höher, wenn Sie sich grüne Forderungen aneignen: Sie wollen eine CO₂-Abgabe einführen. Sie sind für die Nachrüstung der Dieselskandalautos. Sie sind für die Nachrüstung aller Schiffsmotoren. Sie brennen ein Feuerwerk an Forderungen ab, und dann werden Sie von Ihren eigenen Kollegen – ja, was eigentlich? – nicht einmal ausgebremst: Es hört Ihnen einfach keiner zu, leider.

Wo Sie selbst handeln können, federführend im Umweltministerium, da haben Sie teilweise etwas getan. Das eigentlich für 2020 angekündigte Programm zur Entkarbonisierung der Stahl- und Zementindustrie werden Sie vorziehen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber bitte unterstützen Sie nicht nur die Industrie, sondern auch die Verbraucherin und den Verbraucher,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Sie interessanterweise für unvernünftig halten. Im Bericht zu den gestiegenen Treibhausgasemissionen im Verkehr schreiben Sie: Im Personenverkehr kann dies auch auf den Trend zu leistungsstärkeren und schwereren Pkws zurückgeführt werden. – Einfach ausgedrückt: Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind schuld. Sie fahren mehr SUVs. Sie kaufen weiterhin Benzinautos. Das tun sie zwar. Aber haben Sie schon einmal Ihre Energiebesteuerung genauer angeschaut? Wer schmutzige Energie tankt und verheizt, wird vom Staat sogar noch belohnt. Wenn der Staat schon mitverdient am Energie-

- verbrauch der Bürgerinnen und Bürger, dann doch für den Klimaschutz und nicht für dreckige Energie. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützen Sie den Marathonlauf für den Klimaschutz, indem Sie CO₂ einen Preis geben und endlich den Kohleausstieg vollziehen! Kümmern Sie sich darum, dass wir unsere Klimaziele erreichen! Dann können wir uns Strafzahlungen an die EU sparen. Unterstützen Sie die Gesellschaft, und setzen Sie sich nicht an das Ende, sondern an die Spitze der Klimabewegung!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als Nächstes für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Karsten Möring.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karsten Möring (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den ersten Abschnitt meiner Rede, den ich mir überlegt hatte, muss ich streichen; denn entgegen meiner Erwartung war die „gefährliche Atomenergie“ bisher kein Thema. Liebe Grüne, lernfähig! Vielen Dank!

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht zugehört!)

- (B) – Ich habe schon zugehört. Aber, Frau Lemke, bei den Punkten, die Sie aufgezählt haben, war dieses Thema nicht dabei. (D)

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Trotzdem ist es wichtig, und deswegen rede ich auch darüber.

Bekanntlich ist Deutschland das einzige Land, das aus den Katastrophen verschiedener Kernkraftwerke die Konsequenz gezogen hat, aus der Atomenergie auszusteigen, obwohl diese Katastrophen nicht in unserem Land stattgefunden haben, sondern in anderen Ländern. Der Haushalt, mit dem wir uns heute in erster Lesung befassen, bildet das, was wir vorhaben, in deutlicher Form ab. Wir haben in der letzten Legislaturperiode mit der Endlagersuchkommission und den Ergebnissen Voraussetzungen für eine neue Struktur geschaffen. Dabei ging es um die Frage, welche Gesellschaften und welches Amt wofür zuständig sein sollten, um das Ganze langfristig zu regeln. Wir haben mit dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, BfE, eine Aufsichtsbehörde sowie mit der BGZ und der BGE zwei Gesellschaften, die sich mit der Frage der Zwischenlagerung und – noch wichtiger – mit der Frage der Endlagerung befassen. Bei dieser Gelegenheit vielen Dank an meinen Vorgänger Steffen Kanitz, der so gute Vorarbeit geleistet hat, dass ich mich als Berichterstatter in dieses neue Thema sehr schnell einarbeiten konnte. Er hat seine Arbeit gut gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karsten Möring

- (A) Die neue Organisationsstruktur ist die Grundlage für den gesamten Prozess zur Endlagererrichtung, aber auch zur Regelung der Zwischenlagerproblematik. Die größte Steigerung im Finanzplanungszeitraum 2019 bis 2022 entfällt auf diesen Sektor. Die Zwischenlagerung und die Endlagerung der radioaktiven Abfälle sowie das Verfahren zur Ermittlung eines Standorts für eine Anlage zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle sind das Ziel dabei. Dazu haben wir das Nationale Begleitgremium gebildet, das auch mit Mitteln ausgestattet wird. Gestatten Sie mir einen kleinen Ausflug. Wir haben heute Morgen den Jahresbericht dieses Gremiums entgegengenommen. Dabei wurde uns das eine oder andere Problem bekannt, mit dem wir uns befassen müssen. Wir haben feststellen müssen, dass die Besetzung der Geschäftsstelle des Nationalen Begleitgremiums seit langer Zeit unvollständig ist. Angesichts der Bedeutung eines transparenten Verfahrens und der Begleitung dieses Verfahrens sollten wir uns umgehend darum kümmern – liebe Frau Ministerin, vielleicht auch ein Hinweis an Sie –, dass diese Geschäftsstelle arbeitsfähig gehalten wird. Das muss in unserem gemeinsamen Interesse liegen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ein weiteres Problem ist: Es gibt eine offene Frage bei der Verwendung der Geodaten. Wir haben es in der letzten Legislaturperiode noch nicht geschafft, zu regeln, mit welchen Daten das BfE arbeiten soll und welche Daten öffentlich genutzt werden können. Meiner Ansicht nach ist es dringend notwendig, dieses Problem so schnell wie möglich zu lösen, weil das Nationale Begleitgremium auf Transparenz setzt. Wenn der Eindruck entsteht, dass es Informationen gibt, die nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind, dann ist das schädlich für diesen Prozess. Es sollte auch im Interesse der Länder liegen, dieses Problem zu lösen. Die Länder müssen die entsprechenden Daten liefern. Wenn sie dafür von Dritten Rechte erwerben müssen, dann müssen sie das tun, und zwar in einer Form, dass diese Daten öffentlich zugänglich werden. Sonst hilft uns der ganze Prozess nicht. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass hier Informationen für die Öffentlichkeit, die sich im Nationalen Begleitgremium widerspiegelt, nicht zugänglich sind.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Zur Finanzierungsstruktur der ganzen Frage der nuklearen Sicherheit und Entsorgung gehört eine Arbeitsteilung. Wir haben für die Finanzierung der Stilllegung, des Rückbaus und der fachgerechten Verpackung der radioaktiven Abfälle nach wie vor die Verantwortlichkeit der Unternehmen. Wir als Bund sind aber für die Finanzierung der Zwischenlagerung und letztlich auch der Endlagerung der radioaktiven Abfälle verantwortlich. Zu diesem Zweck haben wir den schon angesprochenen Entsorgungsfonds gegründet, der seine Arbeit inzwischen aufgenommen hat und wesentliche Kosten der kerntechnischen Entsorgung finanziert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht auch um die Sicherheit, und ich sage: Für uns ist wesentlich, dass, auch wenn wir aus der Kernkraft aussteigen, unsere

Kompetenz in der Nukleartechnologie – im Know-how (C) und auch in der dazugehörigen Ausbildung entsprechender Fachkräfte – im Wesentlichen erhalten bleibt; denn es kann nicht unser Interesse sein, bei dieser Frage außerhalb Deutschlands nicht mehr mitreden zu können.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Der Haushalt, den wir hier verabschieden wollen, steht für die bestmögliche Sicherheit und die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet. Mit den im Haushalt zur Verfügung gestellten Mitteln können wir das auch erreichen. Für die CDU/CSU-Fraktion sage ich –

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herr Kollege, bitte Ihren letzten Satz.

Karsten Möring (CDU/CSU):

Auf dem nicht immer leichten Weg, dies zu erreichen, werden wir die Regierung konstruktiv begleiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Kubicki:

Herzlichen Dank. – Als Nächster für die SPD-Fraktion der Kollege Andreas Schwarz.

(Beifall bei der SPD)

Andreas Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! (D) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf heute in meiner neuen Rolle als Haushälter zu Ihnen sprechen und freue mich sehr, dass es um den Haushalt unserer auch neuen Bundesumweltministerin Svenja Schulze geht.

Nach den Verschiebungen der Mittel für den Städte- und Wohnungsbau in den Etat des Bundesinnenministers handelt es sich bei dem Einzelplan 16 zwar nicht mehr um einen der größten, aber doch um einen sehr wichtigen Haushalt, den wir heute hier beraten. Auch wenn Horst Seehofer nun den Begriff „Heimatschutz“ an seinem Haus stehen hat, findet der eigentliche Heimatschutz im Bundesumweltministerium statt.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schön wär's!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen das auch begründen. Ich komme aus dem wunderschönen Bayern, wie man vielleicht hört. Erst letzte Woche erreichten uns neue Zahlen zu den schmelzenden Gletschern in den Bayerischen Alpen. Mehr als die Hälfte der Gletscherflächen ist in unserer Heimat bereits geschmolzen.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen sind sich der Verantwortung bewusst, die auf ihren Schultern lastet. Die ehemalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat mit dem Pariser Klimaschutzabkommen und dem Klimaschutzplan große Schritte zur Erreichung unserer Klimaschutzziele getan. Die SPD-Bundestagsfraktion wird Sie, Frau Ministerin, wei-